

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid****am 07.03.2016****im Ratssaal****Anwesend:****Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Güner Cebir
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Fabian Ferber
Ratsherr Dirk Franke
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsfrau Sandra Manß
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsherr Philipp Siewert
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Barbara Tünsmeier
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß
Ratsherr Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsfrau Michaela Dötsch
Ratsfrau Ingrid Fischer
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Dr. Antje Heider
Ratsherr Timothy Kahler
Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsherr Michael Meyer
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske

Ratsherr Björn Schöttler
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Petereit

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsfrau Monika Oettinghaus

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Ratsherr Peter Oettinghaus

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Matthias Reuver
Herr Sven Haarhaus
Frau Petra Noack
Herr Edgar Weinert
Frau Susanne Gerlach
Frau Brigitte Linnepe

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung
bis einschließlich Tagesordnungs-
punkt 6 der öffentlichen Sitzung
bis einschließlich Tagesordnungs-
punkt 6 der öffentlichen Sitzung
bis einschließlich Tagesordnungs-
punkt 7 der öffentlichen Sitzung

Herr Lothar Matzner

Frau Christina Padovano, Personalrat

Frau Christin Spangenberg, Personalrat

Frau Sandra Iken

bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Wahl und Verpflichtung der Ersten Stellvertretung des Bürgermeisters

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass Ratsfrau Tanja Tschöke mit Schreiben vom 12.02.2016 zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Erster Stellvertretende Bürgermeisterin zurückgetreten sei.

Gemäß § 67 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW sei in diesem Fall der/die Nachfolger/-in für den Rest der Wahlzeit ohne Aussprache in geheimer Abstimmung nach § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW zu wählen.

Die SPD-Ratsfraktion schlage Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek als neue Erste Stellvertretende Bürgermeisterin vor.

Er fragt, ob weitere Vorschläge vorlägen. Dies ist nicht der Fall.

Anschließend überzeugt sich Bürgermeister Dzewas zunächst von dem ordnungsgemäßen Zustand der Wahlurne und bittet um Stimmabgabe.

Nach namentlichem Aufruf erhalten die Ratsmitglieder einen Stimmzettel, den sie in den dafür vorgesehenen Wahlkabinen kennzeichnen und in die Urne werfen.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen, die unter Beteiligung je eines Vertreters der Ratsfraktionen erfolgt, gibt Bürgermeister Dzewas das Ergebnis der Abstimmung wie folgt bekannt:

Wahl zu Ersten Stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Lüdenscheid

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	49 Stimmen
davon ungültig	- Stimmen
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	<u>49 Stimmen</u>
Es wurden insgesamt	30 Ja-Stimmen abgegeben.
Es wurden insgesamt	15 Nein-Stimmen abgegeben.
Es wurden insgesamt	4 Enthaltungen abgegeben

Danach ist Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek zur Ersten Stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Lüdenscheid gewählt.

Im Anschluss fragt Bürgermeister Dzewas:

„Frau Szermerski-Kasperek, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?“

Ratsfrau Szermerski-Kasperek antwortet:

„Ja, ich nehme die Wahl an.“

Anschließend gibt Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Szermerski-Kasperek folgende Verpflichtungserklärung ab.

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben als Stellvertretende Bürgermeisterin nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde."

Abschließend erfolgt die Unterzeichnung der vorliegenden Verpflichtungserklärung durch die Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Szermerski-Kasperek.

3. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung gemäß § 80 Abs. 3 GO NRW Vorlage: 040/2016

Bürgermeister Dzewas unterbricht um 17:22 Uhr die Sitzung, um einen Bürger die Möglichkeit zur Wortmeldung zu geben.

Der Bürger geht auf zwei Presseartikel der Lüdenscheider Nachrichten ein.

Er kritisiert, dass die Technische Beigeordnete trotz verhältnismäßig jungen Alters seinerzeit nicht weiter eingesetzt worden sei und die Stadt Lüdenscheid ihr nun eine Pension zahlen müsse.

Des Weiteren bezieht er sich auf ein Revisionsurteil vom 26.07.2012 des Bundesverwaltungsgerichts zum Umgang mit Freizeitausgleichsansprüchen der Feuerwehrbeamten im Einsatzdienst wegen Überschreitung der europarechtlichen zulässigen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden/Woche. Hier hätten auch die Feuerwehrbeamten, die aus rechtlicher Sicht keinen Anspruch mehr auf Zahlung der verjährten Stunden der geleisteten Einsatzdienste der vergangenen Jahre gehabt hätten, die Erstattungen erhalten. Dies kritisiere er ebenfalls.

Bürgermeister Dzewas geht wie folgt auf die vorgetragene Punkte des Redners ein.

Die Stelle der ehemaligen Technischen Beigeordneten sei nicht wiederbesetzt beziehungsweise gestrichen und die Aufgaben aufgrund der Umstrukturierung der Verwaltung auf bereits vorhandene Stellen übertragen worden. Da die Pensionsansprüche niedriger als die regulären Bezüge der Technischen Beigeordneten seien, würden hierdurch Einsparungen erzielt.

Die Feuerwehrbeamten hätten seinerzeit im Vertrauen auf ihren Dienstherrn keinen Widerspruch eingelegt. Hierzu habe es im Jahr 2014 eine umfangreiche Vorlage gegeben und der Beschluss sei einstimmig durch den Rat gefasst worden.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Dzewas ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Er hebt darauf hin um 17.26 Uhr die Sitzungsunterbrechung wieder auf

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen erhobenen Einwendungen werden zur Kenntnis genommen und bei der Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2016 entsprechend den in der Begründung dargestellten Vorschlägen der Verwaltung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

Haushalt

Zum vorliegenden Entwurf von Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2016 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) nehmen

Ratsherr Voß für die SPD-Fraktion (Anlage 1 zur Niederschrift)

Ratsherr Fröhling für die CDU-Fraktion (Anlage 2 zur Niederschrift)

Ratsherr Bodenheimer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 3 zur Niederschrift)

Ratsherr Holzrichter für die FDP-Fraktion (Anlage 4 zur Niederschrift)

Ratsherr Thomas-Lienkämper für die Fraktion DIE LINKE (Anlage 5 zur Niederschrift)

Ratsherr Oettinghaus für die Fraktion Alternative für Lüdenscheid (Anlage 6 zur Niederschrift)

Stellung.

**4. Änderung der Hebesatzsatzung gemäß Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes
Vorlage: 027/2016**

**4.1. Änderung der Hebesatzsatzung gemäß Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes / 1. Ergänzung
Vorlage: 027/2016/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Die dieser Ergänzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Gemeindesteuern in der Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28

Nein-Stimmen: 21

5. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 202/2015

5.1. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 / 1. Ergänzung
Vorlage: 202/2015/1

5.2. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 / 2. Ergänzung
Vorlage: 202/2015/2

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit nachstehenden

Beschluss:

Der Stellenplan 2016 wird auf der Grundlage der Vorschläge in der Beschlussvorlage Nr. 202/2015 mit den Änderungen, die sich aus den Ergänzungsvorlagen Nr. 202/2015/1 und 202/2015/2 ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 19

6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016
(einschließlich Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 026/2016

Bürgermeister Dzewas bezieht sich auf den im Hauptausschuss am 22.02.2016 für die heutige Sitzung des Rates zurückgestellten Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Abänderung des „Ampel-Antrags“ zur Kürzung der HSK-Maßnahme Nr. 154 (Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten). Die Verwaltung habe einen Betrag von 5.000 € für das Jahr 2016 ermittelt. Diese Summe sei bereits einmalig für das Jahr 2016 in die vorliegende Änderungsliste eingearbeitet worden.

Anschließend stellt Fachbereichsleiter Reuver die konkreten Zahlen vor.

Im Jahr 2015 habe es einen Haushaltsansatz in Höhe von 59.400 € für Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten gegeben. Ausgegeben worden seien in 2015 für 19 Maßnahmen insgesamt 39.702 €. Darüber hinaus sei aufgrund eines gegenseitigen Deckungsvorschlags eine Umbuchung erfolgt. Insgesamt seien 15.298 € nicht verausgabt worden. Wenn bereits im Haushaltsjahr 2015 die Mittel um 20.000 € gekürzt worden wären, hätten folglich knapp 5.000 € gefehlt. Ohne die erfolgte Umbuchung seien es sogar nur 302 € gewesen.

Mit der einmaligen Reduzierung des Kürzungsbedarfs in der HSK-Liste von 20.000 € auf 15.000 € ließen sich alle angemeldeten Maßnahmen im Jahr 2016 durchführen.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 in der für 2016 fortgeschriebenen Fassung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 21

**7. Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2016;
Zusammenlegung der Fachdienste Personal und Organisation und IT**

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass aus formellen Gründen noch eine erneute Beschlussfassung des in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.02.2016 beschlossenen Prüfauftrags erforderlich sei. Nach § 6 der Rechnungsprüfungsordnung vom 18.12.2008 könne ein Prüfauftrag nur durch den Rat oder den Bürgermeister erfolgen.

In der Sitzung des Hauptausschusses hatte Ratsherr Voß mitgeteilt, dass sich die SPD-Fraktion ebenfalls vorstellen könne, die Fachdienstleitungsstelle zukünftig einzusparen. Es bestünde aber keine Eile, da zunächst die Wiederbesetzungssperre für ein halbes Jahr greife. Er schlage daher vor, zunächst den Antrag der CDU-Fraktion durch die Verwaltung prüfen zu lassen. Ebenfalls solle geprüft werden, ob es gegebenenfalls sinnvoller sei, eine Trennung des Fachdienstes nach IT und Organisation und eine entsprechende Zuordnung auf zwei geeignete Fachdienste vorzunehmen. Die Prüfung solle durch die Örtliche Rechnungsprüfung erfolgen.

Ratsherr Fröhling hatte daraufhin erklärt, dass sich die CDU-Fraktion diesem Vorschlag anschließen könne. Ziel müsse aber bleiben, eine Fachdienstleitungsstelle einzusparen. Nach Vorlage des Prüfungsergebnisses könne dann eine Entscheidung im Hauptausschuss/Rat herbeigeführt werden.

Ratsherr Thomas-Lienkämper hatte sich gegen eine bereits jetzige Festlegung der Streichung der Fachdienstleitungsstelle ausgesprochen. In diesem Fall könne er dem Prüfantrag nicht zustimmen.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den geänderten Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Prüfauftrag mit Stimmenmehrheit zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	43
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	2

Bürgermeister Dzewas unterbricht aufgrund eines medizinischen Notfalls die öffentliche Sitzung in der Zeit von 19:17 Uhr bis 19:22 Uhr.

**8. Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 GemHVO
Vorlage: 039/2016**

Die Übertragungen von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gemäß § 22 GemHVO mit den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan 2016 werden zur Kenntnis genommen.

**9. Rechtsschutz für Beschäftigte
Vorlage: 020/2016**

Herr Hein, Fachdienst Personal, stellt anhand von Beispielen dar, warum aus Sicht der Verwaltung ein Rechtsschutz für Beschäftigte erforderlich sei. Des Weiteren teilt er mit, dass hierdurch auch die Attraktivität der Stadt Lüdenscheid als Arbeitgeber gesteigert werden könne.

Ratsfrau Dötsch führt aus, dass es sich bei den genannten Beispielen jeweils um persönliche strafrechtliche Haftungen handele. Herr Hein erklärt, dass grundsätzlich durch den Fachdienst Recht im Vorfeld eine Prüfung erfolge. Darüber hinaus könne nicht ausgeschlossen werden, dass ein Fehlverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch aufgrund entsprechenden Organisationsverschuldens entstehen könne.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei zwei Stimmenthaltungen folgenden

Beschluss:

Für den Bereich der Tarifbeschäftigten sowie der Beamtinnen und Beamten der Stadt Lüdenscheid wird der Gemeinsame Runderlass des Innen- und Finanzministeriums NRW vom 07.07.2008 über den Rechtsschutz für Landesbeschäftigte - in seiner jeweils aktuellen Fassung - analog angewendet. Entsprechend Ziffer VII. Abs. 1 des Gem. Runderlasses wird die für das Aufgabengebiet Recht zuständige Fachbereichsleitung zur zuständigen Stelle für die hierzu zu treffenden Entscheidungen bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Enthaltungen: 2

**10. Übertragung der Befugnis der Entscheidung über das Vorliegen eines Dienstunfalls auf die Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw)
Vorlage: 031/2016**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Befugnisse der obersten Dienstbehörde nach § 45 Abs. 3 S. 2 LBeamtVG werden auf die Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

**11. Beschluss gemäß § 171b BauGB für das Stadtumbaugebiet „Bahnhofsquartier, Knapper Straße und Altstadt“; Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung der Gebietsabgrenzung des Stadtumbaugebietes „Bahnhofsquartier, Knapper Straße und Altstadt“ abgegebenen Stellungnahmen
Vorlage: 029/2016**

Bürgermeister Dzewas verweist er auf die Befangenheitsvorschriften des § 31 in Verbindung mit § 43 (2) Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen und bittet um Beachtung.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Zu den während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg- Dezernat 53 Immissionsschutz vom 17.12.2015

Die Bezirksregierung weist in seiner Stellungnahme auf die Firma Gerhardt Kunststofftechnik, Schlittenbacherstr. 2, hin. Dieser Betrieb unterliegt der Störfallverordnung. Das Gutachten über angemessene Abstände wird zurzeit noch überprüft, so dass keine endgültigen Abstände zu den Betriebsbereichen genannt werden können. Dies muss bei der Bauleitplanung und den Vorhaben berücksichtigt werden.

Die Zuständigkeit liegt bei der Unteren Immissionsschutzbehörde des Märkischen Kreises.

Stellungnahme:

Das oben genannte Gutachten zur Ermittlung der Achtungsabstände zum Störfallbetrieb wurde zwischenzeitlich fertig gestellt. Im Ergebnis wurde ein Achtungsabstand zur Firma Gerhardt von 100 Meter ermittelt. Die Untere Immissionsschutzbehörde des Märkischen Kreises hat die Ergebnisse des Gutachtens bereits bestätigt.

Schreiben des LWL- Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen vom 21.12.2015

Das LWL bittet um eine frühzeitige Beteiligung bei Bauvorhaben im innerstädtischen Raum mit einem hohen Anteil an Denkmälern, so können denkmalpflegerischen Belange in die Maßnahmen integriert werden.

Stellungnahme

Die Stadt Lüdenscheid wird bei konkreten Bauvorhaben eine frühzeitige Beteiligung der denkmalpflegerischen Fachbehörden durchführen, sofern Baudenkmäler oder deren engeres Umfeld betroffen sind. Weiter ist der Hinweis in die Begründung zur Erweiterung des Stadtumbaugebietes aufgenommen worden.

Dem Hinweis wird Folge geleistet.

Schreiben des LWL- Archäologie für Westfalen vom 03.12.2015

Der Lüdenscheider Innenstadtbereich ist ein archäologisch hoch sensibler Bereich, in dem die Aufdeckung von mittelalterlichen und neuzeitlichen Bodendenkmälern möglich ist, somit ist bei Bauvorhaben und Bodeneingriffen die archäologische Situation zu prüfen und das LWL frühzeitig zu beteiligen.

Stellungnahme

Die Stadt Lüdenscheid wird bei konkreten Bauvorhaben und Bodeneingriffen eine frühzeitige Beteiligung des LWL-Archäologie durchführen. Weiter ist der Hinweis in die Begründung zur Erweiterung des Stadtumbaugebietes aufgenommen worden.

Dem Hinweis wird Folge geleistet.

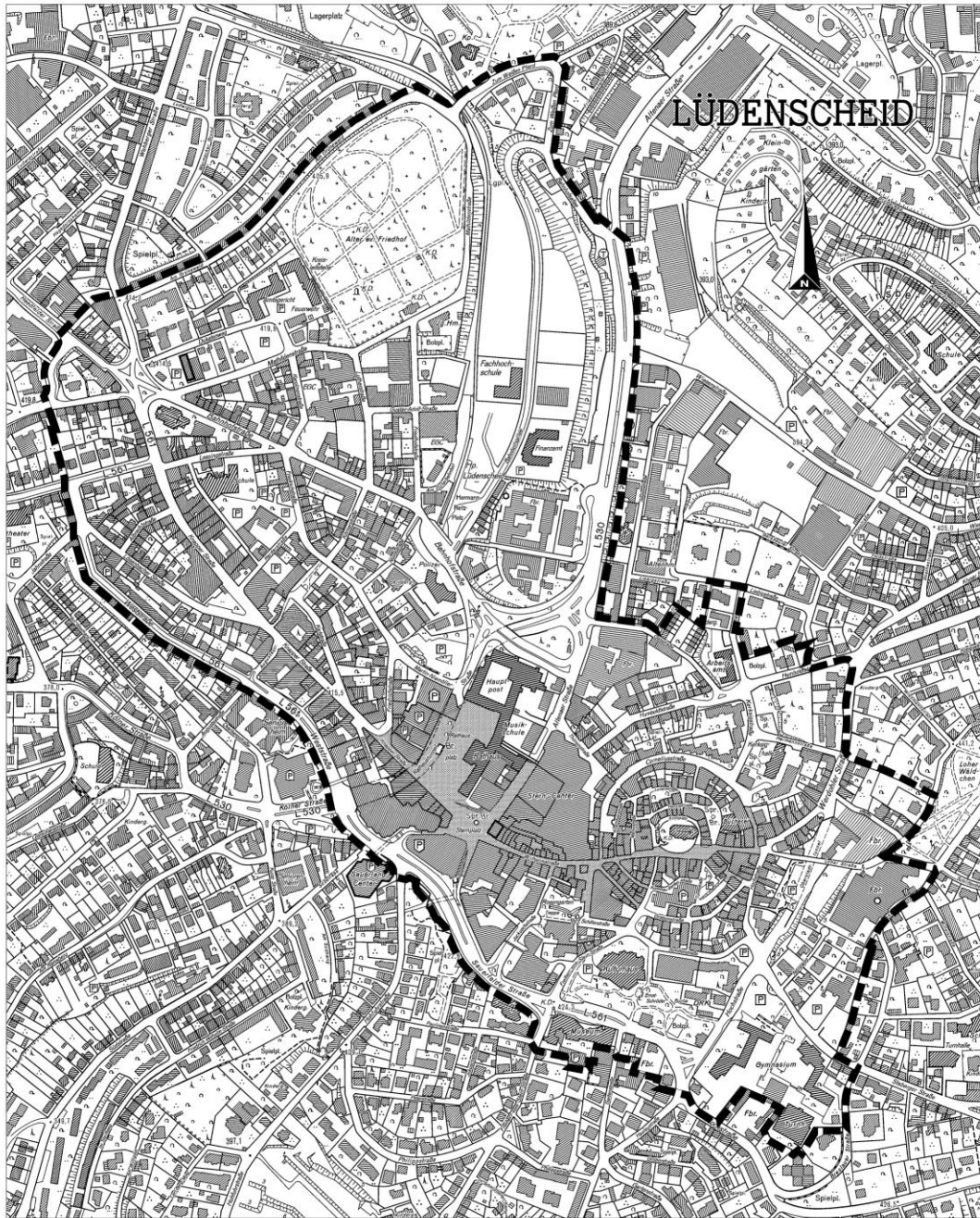
Schreiben der Enervie vom 05.01.2016

Die Enervie weist auf die teilweise vorhandenen Graugussleitungen im Bereich der Altstadt hin. Diese müssen im Zuge der Oberflächenerneuerung durch den Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) ausgetauscht werden.

Stellungnahme

Dieser Hinweis wird an den STL weitergeleitet.

II. Gemäß § 171b Abs. 1 BauGB legt die Stadt Lüdenscheid das nachfolgend abgebildete Gebiet, in dem Stadtumbaumaßnahmen durchgeführt werden sollen, durch Beschluss als Stadtumbaugebiet fest.



Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

12. Sonderprogramm des MBWSV NRW "Hilfe im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen"
Vorlage: 048/2016

Ratsherr Haase teilt mit, dass seinen Berechnungen nach pro Jahr nur insgesamt 24 Mio. € vom Land NRW zur Verfügung gestellt würden, da das Sonderprogramm über drei Jahre laufe. Aufgrund der Größe von Lüdenscheid beliefe sich die maximale Förderung bei einer Pro-Kopf-Verteilung auf das Land NRW auf circa 100.000 €. Alleine die bezifferten Personalkosten für die zwei Sozialpädagogen würden diesen Betrag bei weitem übersteigen.

Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass in der heutigen Sitzung lediglich die Einreichung der drei Projektanträge beschlossen werden solle. Es stünde noch nicht fest, ob und in welcher Höhe die Stadt Lüdenscheid Fördermittel erhalten würde. Eine wie von Ratsherrn Hasse angenommene Pro-Kopf-Verteilung fände aber nicht statt.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Gegenstimme von Ratsherrn Haase folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die seitens der Verwaltung vorgestellten Projektvorschläge im Rahmen des Projektauftrages des Landes Nordrhein Westfalen „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 1

Ratsherr Ferber ist bei der Abstimmung abwesend.

13. HIER, wo ich lebe, will ich wählen!
Vorlage: 019/2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Ratssitzung am 25.04.2016 vertagt.

14. Änderung der Vertretung der Stadt in Beteiligungsunternehmen - Verbandsversammlung KDZV Citkomm
Vorlage: 037/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Als stellvertretendes Mitglied für Bürgermeister Dieter Dzewas wird bis zum Zeitpunkt der Neubesetzung der Leitung des Fachdienstes Organisation und IT Herr Thomas Tiemann in die Verbandsversammlung der KDZV Citkomm bestellt.

Mit Neubesetzung der Fachdienstleitung Organisation und IT wird für die Wahlperiode des Rates, längstens für die Dauer der Amtszeit, der/die zukünftige Leiter/in des Fachdienstes Organisation und IT als stellvertretendes Mitglied für den Bürgermeister in die Verbandsversammlung der KDZV Citkomm bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

15. Änderung der Vertretung der Stadt in Beteiligungsunternehmen - Aufsichtsrat ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG und Mark-E AG
Vorlage: 052/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Als Mitglied im Aufsichtsrat der ENERVIE wird als Nachfolger für Frau Ursula Maria Meyer Herr Björn Schöttler vorgeschlagen.
- 2.) Der/Die Vertreter/in der Stadt in der Hauptversammlung der ENERVIE wird angewiesen, in der Hauptversammlung Herrn Björn Schöttler zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen und für diesen Wahlvorschlag zu stimmen.
- 3.) Als Mitglied im Aufsichtsrat der Mark-E AG wird als Nachfolger für Frau Ursula Maria Meyer Herr Björn Schöttler vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 49

16. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Schul- und Sportausschuss
Vorlage: 035/2016

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag des Fachdienstes Schule und Sport wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid
in den Schul- und Sportausschuss:

Frau Daniela Schröder als Vertreterin für das beratende Mitglied Frau Christiane Langs-Blöink.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

Bürgermeister Dzewas hat kein Stimmrecht.

17. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

17.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

17.2. Beantwortung von Anfragen

17.2.1. Verkehrssituation Bräuckenkreuz

Die Beantwortung der Anfrage des Ratscherrn Cebir in der öffentlichen Sitzung des Rates am 02.03.2015 ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.

17.3. Anfragen

17.3.1. Sachstand "Einrichtung eines Runden Tisches zur Unterbringung von Flüchtlingen in vorhandenem Wohnraum"

Ratsherr Fröhling bezieht sich auf den vor einigen Wochen beschlossenen Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Unterbringung von Flüchtlingen in vorhandenem Wohnraum und fragt an, wie oft dieser schon getagt habe und ob bereits erste Ergebnisse vorliegen würden.

Beigeordneter Ruschin antwortet, dass die Wohnungsgesellschaften jetzt eingeladen und ein Termin in Kürze für eine erste Tagung des Runden Tisch avisiert sei. Eine Berichterstattung könne im Anschluss an diesen Termin erfolgen.

gez. Dieter Dzewas
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré
Schriftführerin